

- 3 **Künstliche Intelligenz** Noch kein abrupter Wandel der Arbeitswelt
- 4 **Demokratie** Wer BSW gewählt hat
- 5 **Vereinbarkeit** Schwierig mit Schicht
- 6 **Rente** Einschnitte schaden allen Generationen
- 7 **Krankenhäuser** Zu viel Pflegepersonal?

**WOHLSTAND**

# Bedingt nachhaltig

Der IMK-Check zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Lage: Krisen bremsen den Fortschritt. Umso wichtiger sind Investitionen in Infrastruktur und Klimaschutz.

Kriege, Energiekrise und geopolitische Spannungen haben einen Anstieg des Wohlstands – nicht nur der Wirtschaftsleistung im engeren Sinn – in den vergangenen Jahren weitgehend verhindert. Das ergibt eine neue Studie, die das IMK gefördert hat. Eine „Stärkung wirtschaftlicher Resilienz sowie eine vorausschauende und flexible Wirtschaftspolitik“ sind für die Zukunft entscheidend, schreiben Fabian Lindner von der Berliner Hochschule für Wirtschaft und Technik und Anita Tiefensee von der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin. Anhand von 16 zentralen Indikatoren haben sie den Stand der ökonomischen, finanzpolitischen, sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit dokumentiert. Ihrer Auswertung zufolge konnten in den Jahren 2020 bis 2025 „nur die wenigsten Nachhaltigkeitsziele in Wirtschaft, Staat, Sozialem und Ökologie erreicht werden“ – konkret vier von 16. So ist etwa das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf leicht gesunken. Die Armutsrisikoquote zeigt einen leichten, aber stetigen Rückgang, liegt aber weiter deutlich über dem Zielwert. Die Einkommensungleichheit hat zugenommen. Die öffentliche Investitionsquote war trotz einiger Verbesserungen weiterhin zu niedrig. Bei der ökologischen Nachhaltigkeit ist in den Krisenjahren zwar das zentrale Ziel der Reduktion von Treibhausgasen erreicht worden. Allerdings sind die Emissionen zu großen Teilen krisenbedingt und durch temporäre Sonderfaktoren gesunken. Immerhin sind die Beschäftigungsziele gesamtwirtschaftlich noch bis 2025 „trotz der Krisen übererfüllt“ worden.

Lindner und Tiefensee zeichnen insgesamt ein recht durchwachsendes Lagebild. Sie räumen allerdings ein: „Gesellschaft und Wirtschaft stehen seit 2020 nahezu kontinuierlich unter erheblichem Druck, und die Herausforderungen für die Regierungen sind entsprechend groß. Dennoch ist es der Politik bis 2023 insgesamt gelungen, angemessen auf die Krisen zu reagieren. Staatliche Eingriffe zur Stabilisierung von Einkommen, Beschäftigung und Unternehmen haben wesentlich dazu beigetragen, die negativen Auswirkungen auf materiellen Wohlstand und soziale Nachhaltigkeit abzufedern.“ Mit dem Auslaufen akuter Kriseninterventionen > > >

## Viele Ziele verfehlt

Erreicht oder nicht erreicht hat Deutschland das Nachhaltigkeitsziel ...

WIRTSCHAFTSWACHSTUM PRO KOPF	X
KONSUM PRO KOPF	X
INFLATION	X
LEISTUNGSBILANZSALDO	✓
ERWERBSTÄTIGENQUOTE	✓
FINANZIERUNGSSALDO DES STAATES	✓
GESAMTVERSCHULDUNG DES STAATES	X
STAATLICHE NETTOINVESTITIONEN	X
ARMUTSGEFÄHRDUNGSQUOTE	X
EINKOMMENSABSTAND ZWISCHEN ARM UND REICH	X
GENDER PAY GAP	X
JUNGE MENSCHEN OHNE AUSBILDUNG	X
TREIBHAUSGASEMISSIONEN	✓
PRIMÄRENERGIEVERBRAUCH	X
ANTEIL DER ERNEUERBAREN ENERGIEEN	X
ARTENVIELFALT	X



## DAS NEUE MAGISCHE VIERECK

Der IMK-Nachhaltigkeits-Check folgt dem Modell des „Neuen Magischen Vierecks“, das die etablierten Zieldimensionen der Wirtschaftspolitik für das 21. Jahrhundert aktualisiert. Traditionell geht es um hohe Beschäftigung, stabile Preise, außenwirtschaftliches Gleichgewicht sowie stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum. In Zeiten von Klimawandel und steigender Einkommensungleichheit reicht eine Ausrichtung auf rein ökonomische Ziele jedoch nicht mehr aus. Das Neue Magische Viereck greift mit verschiedenen Zielwerten Anforderungen auf, auf die sich die Bundesregierung etwa im Rahmen des Aktionsplans zur europäischen Säule sozialer Rechte, der Agenda 2030 der Vereinten Nationen, der Erneuerbare-Energien-Richtlinien der EU oder dem Klimaschutzgesetz selbst festgelegt hat, und ergänzt sie um weitere wichtige Nachhaltigkeitsziele. Seit 2012 wurde der Check mehrmals durchgeführt. <

– und dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Finanzpolitik vom Herbst 2023 – habe sich der finanzpolitische Schwerpunkt dann Richtung Konsolidierung verschoben, was die gesamtwirtschaftliche Dynamik gedämpft und die Ampelkoalition bis zu ihrem Ende belastet habe. Die vorläufige Reform der Schuldenbremse zu Beginn der Regierungskoalition aus Union und SPD im Frühjahr 2025 ermögliche künftig mehr dringend notwendige Investitionen, vor allem in den Bereichen Infrastruktur und Klimaschutz. Doch nahezu zeitgleich verschlechterten sich die internationalen Rahmenbedingungen durch US-Zölle, verstärkten Konkurrenzdruck infolge der chinesischen Industriepolitik und zuletzt den neuen Energiepreisschock, ausgelöst vom arabisch-israelischen Krieg gegen den Iran.

Damit Deutschland in Sachen Nachhaltigkeit wieder Tritt fasst, muss „unter anderem das Sondervermögen stärker für zusätzliche öffentliche Investitionen in Infrastruktur und Klimaschutz angewendet werden. Damit wirken wir dem Verschleiß an öffentlicher Infrastruktur entgegen und unterstützen die Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft“, sagt IMK-Direktor Sebastian Dullien.

### ► Materieller Wohlstand

Corona-, Energiepreis-, Inflationskrise, Turbulenzen im Welthandel: Die Rahmenbedingungen waren in den vergangenen Jahren alles andere als günstig für eine stabile und nachhaltige Entwicklung. Das BIP pro Kopf lag 2025 immer noch unter dem Niveau von 2019, dem letzten Jahr vor der Coronakrise. Der Konsum pro Kopf hat sich nur wenig besser entwickelt, er lag 2025 3,9 Prozent höher als 2019. Das Inflationsziel von zwei Prozent ist nach den Preissprüngen der Vorjahre wieder näher gerückt, allerdings dürfte der Iran-Krieg den positiven Trend zumindest zeitweilig unterbrechen. Die öffentlichen und privaten Investitionen lagen 2025 um 7,7 Prozent unter dem Stand von 2019.

Lange wurde Deutschland wegen seines hohen Außenhandelsüberschusses kritisiert. Seit 2022 liegt der deutsche

Leistungsbilanzsaldo unter dem EU-Grenzwert von sechs Prozent des BIP. Damit ist ein wirtschaftspolitisches Ziel erfüllt. Allerdings steht dahinter keine wünschenswerte Entwicklung: Der Saldo hat sich nicht deshalb verringert, weil Deutschland als exportstarkes Land den Einnahmeüberschuss nutzt, um mehr aus anderen Ländern zu importieren. Vielmehr sind die Exporte zurückgegangen, weil sich die Absatzchancen verschlechtert haben, etwa durch einen erschwerten Zugang zu wichtigen Märkten wie den USA und China.

Trotz der insgesamt schlechten Lage der deutschen Wirtschaft hat die Erwerbstätigenquote der 20- bis 64-Jährigen nach einem vorübergehenden Einbruch in der Coronakrise stetig zugenommen. 2025 lag sie mit 81,4 Prozent sogar über dem Niveau von 2019. Dies ist Lindner und Tiefensee zufolge „ein großer beschäftigungspolitischer Erfolg“.

### ► Nachhaltigkeit der Staatstätigkeit

Der Haushaltssaldo ist seit 2020 stetig im Defizit, nachdem zwischen 2013 und 2019 Überschüsse an der Tagesordnung waren. Das Defizit überschritt zwischen 2022 und 2025 jedoch nicht mehr die Obergrenze von drei Prozent des BIP nach dem Stabilitäts- und Wachstumspakt. Die Schuldenstandquote liegt seit 2020 leicht über 60 Prozent. Die öffentlichen Nettoinvestitionen liegen deutlich unter dem Zielwert von 0,6 Prozent des BIP. Seit 2023, so die Forschenden, zeige sich ein Trend zu höheren öffentlichen Investitionen, „der durch die angekündigten höheren Ausgaben nach der Reform der Schuldenbremse anhalten dürfte“. Angesichts des weiterhin großen Investitionsstaus gebe es hierbei aber keinen Grund zur Entwarnung.

### ► Soziale Nachhaltigkeit

Die Armutrisikoquote lag laut Daten des Mikrozensus zuletzt bei 16,2 Prozent. Damit überschreitet sie den anvisierten Zielwert von 13,5 Prozent um mehr als zweieinhalb Prozentpunkte. Die verfügbaren Einkommen der einkommensstärksten 20 Prozent der Haushalte überstiegen diejenigen des untersten Fünftels 2024 um das 4,68-Fache. Die Einkommensungleichheit überschreitet damit den angestrebten Zielwert von maximal dem Vierfachen.

Der unbereinigte Verdienstabstand pro Stunde zwischen Frauen und Männern lag im Jahr 2024 bei 16 Prozent. Damit überschreitet der Gender Pay Gap den angestrebten Zielwert von zehn Prozent um sechs Prozentpunkte.

Im Jahr 2024 lag der Anteil der 18- bis 24-Jährigen ohne Sekundarstufe-II- oder weiteren Ausbildungsabschluss basierend auf Daten des Mikrozensus bei 13,1 Prozent. Auch dies ist eine Zielverfehlung, der Wert liegt um mehr als vier Prozentpunkte über den von der Regierung angestrebten neun Prozent.

### ► Ökologische Nachhaltigkeit

Deutschland hat kein ökologisches Ziel außer dem – vor allem krisenbedingten – Rückgang der Treibhausgasemissionen erreicht. Der Ausbau der erneuerbaren Energien geht voran, doch zu langsam, sodass der Zielpfad, der sich aus den entsprechenden europäischen Zielen ergibt, verfehlt worden ist. Die Artenvielfalt stagniert. <

Quelle: Fabian Lindner, Anita Tiefensee: Nachhaltigkeit der Wirtschaftspolitik – Stagnation geht weiter – Herausforderungen steigen, IMK Study Nr. 105, Mai 2026.

# Noch kein abrupter Wandel der Arbeitswelt

Technologische Umbrüche führen häufig erst zu Mehrarbeit und dann zu Rationalisierungen. Noch ist offen, ob es bei der künstlichen Intelligenz so kommt.

Künstliche Intelligenz (KI) fasziniert – und macht Angst. Ob Rechtsgutachten oder Programmiercode: Was noch vor kurzem vieler Stunden menschlicher Arbeit bedurfte, entsteht plötzlich in Sekunden. Nicht nur Tech-Propheten aus dem Silicon Valley sprechen von enormen Rationalisierungsmöglichkeiten. Beschäftigte fragen sich, ob ihre Fähigkeiten noch gebraucht werden. Um die Arbeitsmarktfolgen der KI-Revolution verlässlich vorherzusagen, ist es zu früh. Umso wichtiger ist es, „möglichst auf Augenhöhe mit der Entwicklung zu sein“, so WSI-Experte Toralf Pusch, Muhamed Kudic, Professor an der Technischen Hochschule Ostwestfalen-Lippe, und Akua Franziska Agyepong. Die Forschenden haben Daten der WSI-Betriebsrätebefragung aus den Jahren 2023 und 2025 ausgewertet. Einbezogen wurden jeweils rund 3700 mitbestimmte Betriebe und Dienststellen. Im Untersuchungszeitraum hat etwa ein Zehntel der teilnehmenden privatwirtschaftlichen Betriebe KI eingeführt, im öffentlichen Dienst war die Quote etwas niedriger.

Gefragt wurden die Betriebs- oder Personalräte unter anderem, wie sich die KI-Einführung auf die Arbeitsbelastung ausgewirkt hat. Gut die Hälfte der Befragten gab an, dass sich die Arbeitsintensität nicht merklich verändert habe. Das gilt für beide Befragungszeitpunkte. Dass die Arbeit mehr oder dass sie weniger geworden sei, glaubten im öffentlichen Dienst jeweils ungefähr gleich viele Befragte.

In der Privatwirtschaft war rund ein Drittel der Ansicht, die Arbeitsbelastung habe sich durch KI verringert, während nur halb so viele eine Erhöhung wahrgenommen haben.

Auf den Personalbestand hatte KI der überwältigenden Mehrheit zufolge bislang noch keine negativen Auswirkungen. Und die Gruppe der Skeptikerinnen und Skeptiker ist im Zeitverlauf eher geschrumpft. So rechneten 2023 im öffentlichen Dienst 8 Prozent mit KI-bedingtem Arbeitsplatzabbau, 2025 tat das aber fast niemand mehr. In der privaten Wirtschaft sank die Zahl von 8 auf 5,5 Prozent. Dem standen 12,5 Prozent der Betriebsräte mit der Einschätzung gegenüber, dass KI neue Stellen schaffe.

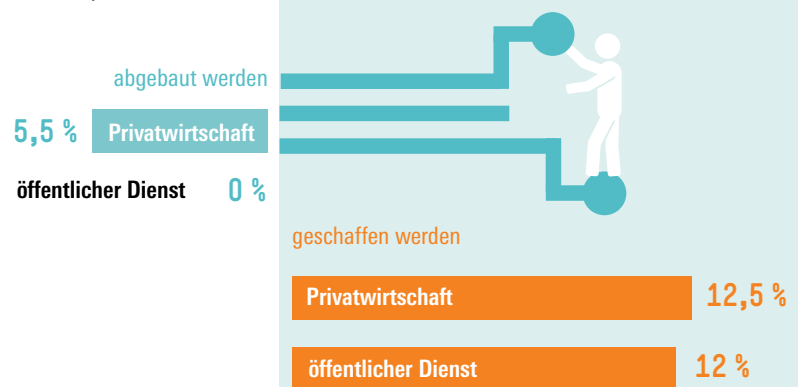
Im Vergleich zu den Angaben, die Betriebs- und Personalräte zur Einführung von Cloud-Computing, Managementinformationssystemen oder Ähnlichem machten, zeigt sich, „dass sich KI in ihrer Wirkung – zumindest in der frühen Einführungsphase – von anderen digitalen Technologien zu unterscheiden scheint“, so die Forschenden. Die Befragungsdaten deuten ihrer Analyse zufolge daraufhin,

„dass KI-Einführung bislang weder zu einer systematischen Arbeitsverdichtung noch zu abrupten Veränderungen der Arbeitsorganisation geführt hat. Die Befunde zu den Beschäftigungseffekten ergänzen dieses Bild der relativen Stabilität.“ KI werde in vielen mitbestimmten Betrieben bislang vermutlich „vor allem unterstützend eingesetzt“ und nicht als Ersatz für bestehende Jobs.

Inwieweit diese Ergebnisse auf die übrige Wirtschaft übertragbar sind, lassen die Forschenden offen. Sie vermuten, dass „Arbeitsplatzeffekte von KI in Betrieben mit betrieblicher Mitbestimmung systematisch anders ausfallen

## Bislang wenig Angst vorm Algorithmus

In Betrieben, die KI eingeführt haben, erwarteten Betriebs- oder Personalräte 2025, dass dadurch Arbeitsplätze ....



Quelle: WSI 2026

Hans Böckler  
Stiftung

als in den nicht mitbestimmten Teilen der Wirtschaft, da Betriebsräte Einführungsprozesse aktiv mitgestalten“. Zudem absolvierten Beschäftigte in den untersuchten Betrieben zeitlich umfangreiche Weiterbildungsprogramme im Umgang mit KI-Systemen. Dies spricht dafür, dass es in diesen Fällen bei der KI-Einführung nicht um eine Verringerung des Personalaufwands ging – und für den positiven Einfluss der Mitbestimmung.

„Die Befunde machen Mut, dass KI kein disruptiver Jobkiller sein muss, sondern konstruktiv eingesetzt werden kann. Mitbestimmung scheint dafür ein wichtiger Faktor zu sein“, sagt Bettina Kohlrausch, die wissenschaftliche Direktorin des WSI. „Natürlich handelt es sich hier um eine Momentaufnahme. Erste Studien kommen zu dem Ergebnis, dass zumindest die deutsche Industrie KI im internationalen Vergleich relativ intensiv nutzt. Wir werden die Entwicklung weiter eng und praxisnah begleiten.“ <

Quelle: Toralf Pusch, Muhamed Kudic, Akua Franziska Agyepong: Mehr Arbeit, weniger Jobs? Konsequenzen der KI-Technologieeinführung, Wirtschaftsdienst 4/2026 [Link zur Studie](#)

# Wer BSW gewählt hat

Die Wählerinnen und Wähler des BSW machen sich große Sorgen um die Zukunft. Sie haben geringes Vertrauen in Politik und Medien. Der Klimawandel lässt sie eher kalt.

Ostdeutsch, eher weiblich, eher niedrigeres Einkommen – so sieht das Profil der Erwerbspersonen aus, die das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) bei der Bundestagswahl 2025 gewählt haben. Zu diesen Ergebnissen kommt eine Studie von Helge Emmler und Daniel Seikel vom WSI. Die Forscher haben Daten der WSI-Erwerbspersonenbefragung ausgewertet. Die Befunde beziehen sich auf wahlberechtigte Erwerbstätige oder Arbeitsuchende. Gruppen wie Rentnerinnen und Rentner oder Studierende werden dabei weitgehend nicht berücksichtigt.

Das BSW trat bei seiner Gründung im Januar 2024 mit dem Anspruch an, eine Leerstelle im deutschen Parteiensystem zu füllen. Mit einem Mix aus linken wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen sowie rechten Forderungen nach einer Begrenzung von Einwanderung konnte die Partei zunächst einige Erfolge erzielen. Bei der Bundestagswahl 2025 scheiterte sie jedoch knapp an der Fünfprozenthürde. Aktuell befindet sie sich in einer Phase der Neuorientierung.

Während der Frauenanteil in der BSW-Wählerschaft bei der Bundestagswahl laut Erwerbstätigenbefragung bei 53,6 Prozent lag, betrug er bei den anderen Parteien – inklusive AfD und Sonstige – im Durchschnitt 44,5 Prozent. Der im Vergleich zur gesamten Wahlbevölkerung geringere Frauenanteil ist darauf zurückzuführen, dass sich in der Stichprobe der Erwerbspersonen etwas mehr Männer als Frauen befinden. Der Anteil der Wählerinnen und Wähler aus Ostdeutschland betrug beim BSW 28,1 Prozent und war damit mehr als doppelt so hoch wie der Durchschnittswert der anderen Parteien. Zudem war die BSW-Wählerschaft eher etwas älter als der Durchschnitt der Wählerinnen und Wähler anderer Parteien. Personen mit mittlerem Schulabschluss waren beim BSW mit 43,1 Prozent häufiger vertreten, bei den anderen Parteien betrug ihr Anteil 31 Prozent. In etwa umgekehrt sah es beim Anteil der Befragten mit Abitur aus.

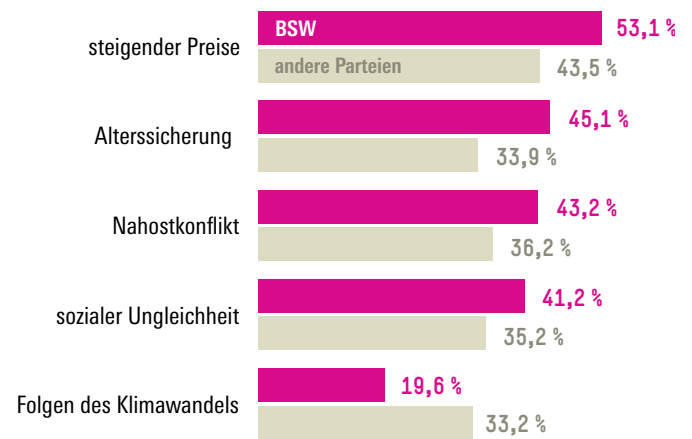
BSW-Wählende verfügten über vergleichsweise geringe Einkommen. So verfügten 41 Prozent von ihnen über weniger als 2000 Euro netto im Monat. Bei den anderen Parteien machte diese Gruppe 33,8 Prozent der Wählerschaft aus. Nur 16,8 Prozent der BSW-Wählenden verfügten hingegen über mehr als 3000 Euro, bei den anderen Parteien waren es 29 Prozent.

Betrachtet man die Zusammensetzung der Wählerschaft nach Berufsgruppen, so fällt auf, dass Spezialistinnen und Spezialisten aus technischen Berufen, beispielsweise aus den Bereichen Ingenieurwesen, Informatik oder Elektrotechnik, beim BSW schwächer vertreten waren. Ebenfalls unterrepräsentiert waren Facharbeiter, Handwerker, Ungelernte sowie Manager. Überdurchschnittlich häufig vertreten waren hingegen Bürokräfte und Personen aus Dienstleistungsberufen, beispielsweise Verkäuferinnen, Beschäftigte in der Gastronomie, Sicherheitskräfte und Pflegekräfte.

Beim BSW waren die Wählerinnen und Wähler im Durchschnitt besorgter als bei anderen Parteien. 53,1 Prozent machten sich große Sorgen wegen steigender Preise, 45,1 Prozent um die Alterssicherung und rund ein Drittel um den eigenen Lebensstandard. Bei den anderen Parteien waren es 43,5 Prozent, 33,9 Prozent beziehungsweise 27,2 Prozent. Auch die Furcht vor einer Ausweitung des Ukraine-Kriegs und des Nahostkonflikts war unter den Wählerinnen und Wählern des BSW überdurchschnittlich ausgeprägt. Die

## Besorgtes BSW-Klientel

So viele Wählerinnen und Wähler machen sich große Sorgen wegen ...



WSI-Erwerbspersonenbefragung im März 2025; Quelle: Emmler, Seikel 2026



Folgen des Klimawandels bereiteten hingegen nur 19,6 Prozent der BSW-Wählenden große Sorgen, aber 33,2 Prozent der Anhängerinnen und Anhänger anderer Parteien.

Das Vertrauen in Institutionen fiel unter BSW-Wählenden gering aus: Wenig oder überhaupt kein Vertrauen in die Bundesregierung hatten 67,6 Prozent, bei den Wählerinnen und Wählern der anderen Parteien lag dieser Wert im Durchschnitt bei 44,7 Prozent. Auch die öffentlich-rechtlichen Medien kamen bei Anhängerinnen und Anhängern des BSW deutlich schlechter weg als im Durchschnitt. Nur bei der AfD war das Misstrauen insgesamt noch größer.

Viele Wählerinnen und Wähler kombinierten der Studie zufolge linke wirtschafts- und sozialpolitische Präferenzen, etwa die Forderung nach stärkerer Umverteilung, mit konservativen gesellschaftspolitischen Einstellungen. Ähnlich wie bei rechtspopulistischen Parteien lehnten BSW-Wählende mehrheitlich Einwanderung, die europäische Integration und den Klimaschutz ab. In der Regel befürworteten sie jedoch die Ehe für alle. <

Quelle: Helge Emmler, Daniel Seikel: Die Wählerschaft des BSW bei der Bundestagswahl 2025, Befunde aus der WSI-Nachwahlbefragung, WSI Report Nr. 112, April 2026 [Link zur Studie](#)

# Schwierig mit Schicht

Wie können Männer, die in der Produktion tätig sind, Erwerbsarbeit und Sorgearbeiten vereinbaren? Vor allem Schichtarbeit macht das schwer.

In Fabriken geht es oft wenig familienfreundlich zu: Homeoffice oder Teilzeit sind selten, ungünstige Arbeitszeiten an der Tagesordnung. Auch Männer, die in diesem Bereich die Mehrheit der Beschäftigten ausmachen, sollen und wollen sich aber zunehmend um Kinder oder pflegebedürftige Angehörige kümmern. Was das für diese Gruppe bedeutet, haben Svenja Pfahl und Eugen Unrau vom Berliner SowiTra-Institut unter Mitarbeit von Dietmar Hobler und Stefan Reuß untersucht. Laut ihrer von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Studie stellen Vereinbarkeitsprobleme ein gewichtiges Problem dar: „Insbesondere Schichtarbeit im Dreischichtsystem und Pflegeverantwortung machen das Miteinander von Arbeitszeit, Familie und Care-Aufgaben deutlich schwieriger.“ Helfen könnten vor allem planbare Arbeitszeiten und weniger Zeitdruck. „Dass Sorge-Verantwortung und Schichtarbeit oft kollidieren, ist naheliegend. Das betrifft auch Männer in der Produktion – die waren aber mit Blick auf ihre Vereinbarkeitsprobleme ein blinder Fleck in der Forschung“, sagt Christina Schildmann, Direktorin der Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung.

Pfahl und Unrau haben Daten der Beschäftigtenbefragung der IG Metall aus dem Jahr 2017 ausgewertet. In die Analyse eingeflossen sind Angaben von mehr als 24 500 Männern ab 25 Jahren, die in der westdeutschen Metall- und Elektroindustrie in der Produktion oder produktionsnahen Bereichen wie Logistik oder Instandhaltung arbeiten.

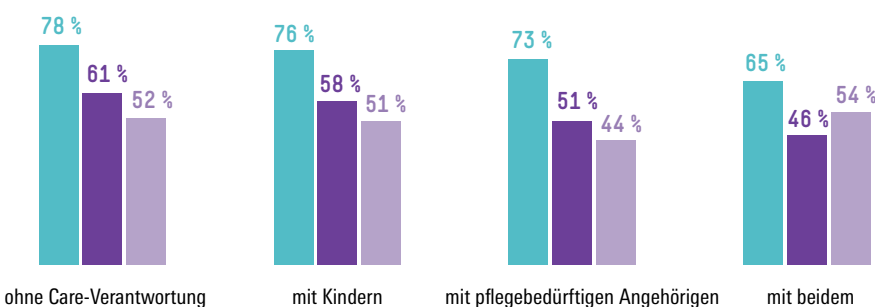
Von den Befragten sind 68 Prozent mit ihren Arbeitszeiten zufrieden oder eher zufrieden. Sowohl Care-Verantwortung als auch Schichtarbeit spielen für die Bewertung eine wichtige Rolle. Schichtarbeiter sind nur zu 56 Prozent zufrieden oder eher zufrieden, diejenigen ohne Schichtarbeit zu 76 Prozent. Bei Dauernachtschicht beträgt der Anteil 62 Prozent, bei Früh- und Spätschicht im Wechsel 59 Prozent, bei Dreischicht 50 Prozent. Männer ohne Verantwortung für Kinder oder Pflegebedürftige sind zu 71 Prozent zufrieden, Väter zu 67 Prozent, Pflegenden zu 64 Prozent. Bei Arbeitnehmern, die sich in einer „Sandwichposition“ befinden, also sowohl für Kinder als auch für pflegebedürftige Angehörige verantwortlich sind, sind es nur 58 Prozent.

Der Studie zufolge verstärken sich die Effekte gegenseitig: Väter mit Schichtarbeit, die also zwei zeitliche Herausforderungen zugleich meistern müssen, äußern sich nur zu 57 Prozent zufrieden, pflegende Männer im Schichtsystem zu 49 Prozent und diejenigen mit Kindern, Pflege und Schicht sogar nur zu 46 Prozent.

Wenn man weitere Faktoren in die Analyse einbezieht, lässt sich statistisch nachweisen, dass sich bestimmte Arbeitszeitbedingungen unabhängig von Sorgearbeiten und Schichtdienst auswirken. Den stärksten Effekt hat die Planbarkeit der Arbeitszeiten, den zweitstärksten täglicher Zeit-

## Männer und Sorge

Zufrieden oder eher zufrieden mit ihrer Arbeitszeit sind Männer **ohne Schichtarbeit, mit Früh- und Spätschicht und im Dreischichtsystem ...**



Produktion und produktionsnahe Bereiche der westdeutschen Metall- und Elektroindustrie; Quelle: Pfahl, Unrau 2026

Hans Böckler Stiftung

druck. Ansonsten spielen unter anderem befristete Teilzeit, Gleitzeit, kurzfristige Schichtplanänderungen oder die Möglichkeit, tageweise freizunehmen, eine Rolle. Auch anspruchsvolle Care-Situationen können laut der Untersuchung durch günstige Arbeitszeitbedingungen aufgefangen werden, ohne dass die Arbeitszeitzufriedenheit leidet. Vätern helfe es besonders, sich tageweise freinehmen oder Freischichten individuell wählen zu können, pflegenden Männern eher, sich stundenweise freizunehmen oder von Schichtänderungen zumindest möglichst früh zu erfahren.

Aus den Ergebnissen folge ein klarer Handlungsauftrag, erklären Pfahl und Unrau: Angesichts schnellerer und flexiblerer Produktion, Fachkräftengpässen sowie steigenden Arbeitsdrucks müsse mehr auf eine ausreichende Planbarkeit der Arbeitszeit und eine Begrenzung der Arbeitsbeanspruchung der einzelnen Beschäftigten geachtet werden. Wenn es in den Betrieben gelingt, für Planbarkeit zu sorgen, erhöhe sich die Wahrscheinlichkeit, dass Männer aus den verschiedenen Teilgruppen mit ihrer Arbeitszeit zufrieden sind, um bis zu 31 Prozentpunkte. Die Reduzierung des Zeitdrucks könnte den Anteil um bis zu 17 Prozentpunkte steigern, die Möglichkeit, individuell tageweise freizunehmen, um bis zu 16 Prozentpunkte und die Option, die eigene Arbeitszeit vorübergehend abzusenken, um bis zu 8 Prozentpunkte – je nach Care-Situation und Schichtbetroffenheit. <

Quelle: Svenja Pfahl, Eugen Unrau: Arbeitszeiten aus Sicht von Männern mit Care-Verantwortung, Working Paper der HBS-Forschungsförderung Nr. 403, April 2026 [Link zur Studie](#)

# Einschnitte schaden allen Generationen

Ein höheres Rentenalter oder die beschleunigte Absenkung des Rentenniveaus schmälern auch die Rendite für jüngere Versicherte.

Viele Forderungen, die für mehr „Generationengerechtigkeit“ in der Alterssicherung sorgen sollen, dürften das Gegenteil bewirken: Ihre Umsetzung würde die interne Rendite, also das Verhältnis von eingezahlten Beiträgen und empfangenen Rentenzahlungen, auch und gerade bei Jüngeren senken. Besser für alle wären Maßnahmen, die zu mehr Erwerbstätigkeit in Deutschland führen – etwa eine höhere Zuwanderung oder eine stärkere Erwerbsbeteiligung bisher nicht erwerbstätiger Personen. Das ergibt eine neue Studie, die Forschende von IMK, WSI und der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW Berlin) gemeinsam erstellt haben.

Die Berechnungen basieren auf einem von HTW-Expertin Camille Logeay mit Förderung des IMK entwickelten Rentenmodell. Die Renditen werden für den – dominierenden – Anteil der Beitragszahlungen berechnet, der in die Altersrenten fließt. Der weitaus kleinere Teil der Beiträge, mit dem weitere Absicherungsmaßnahmen wie etwa die Sicherung bei Erwerbsminderung finanziert werden, bleibt ausgeklammert.

Die Studie zeigt zunächst einmal: Entsprechend der aktuellen Gesetzeslage und auf Basis der neuesten amtlichen Bevölkerungsprognose „rechnet“ sich die gesetzliche Rentenversicherung für jüngere wie ältere Menschen in recht ähnlichem Maße. Die nominalen Renditen liegen für alle Geburtsjahrgänge von Ende der 1940er-Jahre bis 2010 nahe beieinander: Im Durchschnitt reichen sie bei Männern von etwa 3,1 bis 3,3 Prozent pro Jahr, bei Frauen sind es knapp 3,6 bis 3,8 Prozent. Lediglich die noch im Zweiten Weltkrieg Geborenen haben etwas höhere Werte.

Die Modellrechnungen zeigen deutlich: Die größten Hebel, um einerseits das Sicherungsniveau der Rente und andererseits ihre Finanzierung ohne Schlechterstellung breiter Bevölkerungsteile zu stabilisieren, sind ganz andere als die häufig verbreiteten Reformvorschläge. So bremst etwa eine moderate Erhöhung der durchschnittlichen Netto-Zuwanderung von 250000 auf 350000 Personen pro Jahr ab 2030 den Beitragssatzanstieg bis 2070 spürbar, bedeutet dauerhaft ein höheres Sicherungsniveau und weniger Bundeszuschüsse. In puncto Rendite würden die jüngsten untersuchten Alterskohorten davon am meisten profitieren.

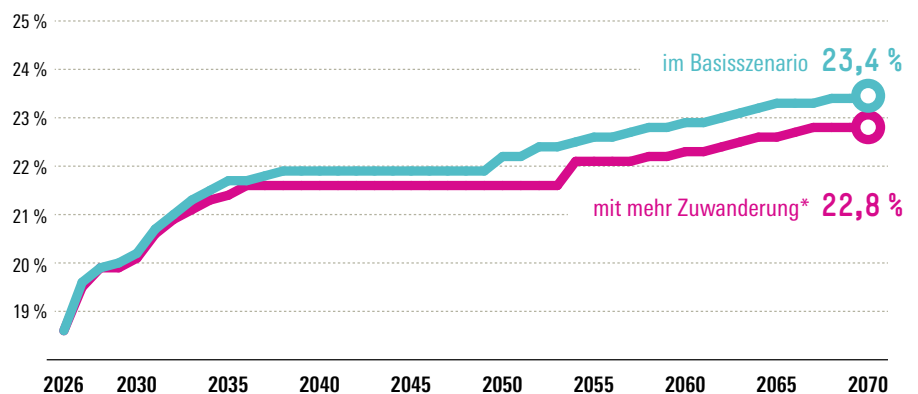
Ähnlich positive Effekte ergeben sich durch eine verbesserte Ausschöpfung des inländischen Erwerbspotenzials. Auch hier werden der Beitragssatzanstieg und die Bundeszuschüsse begrenzt und das Sicherungsniveau relativ lange stabilisiert. Und wie bei verstärkter Zuwanderung profitieren

vor allem die Jüngeren durch höhere Renditen ihrer Renten. Eine langsame Anhebung der Regelaltersgrenze auf 68 Jahre bis 2056 hat dagegen erhebliche soziale Folgen. Zwar würde ein solcher Schritt den Beitragssatzanstieg insbesondere in der zweiten Hälfte der 2030er-Jahre ebenso wie den Bundeszuschuss begrenzen und das Sicherungsniveau erhöhen. Allerdings würden alle Menschen, die ab etwa 1970 geboren sind, einen Rückgang ihrer internen Rendite erleben.

Ebenfalls problematische Effekte hat der Vorschlag von jungen Unionsabgeordneten, mit dem Sicherungsniveau nach 2031 auf jenen Pfad zurückzukehren, der sich ohne die Rentenreform 2025 ergeben hätte. Dabei wird zwar der Anstieg der Bundeszuschüsse begrenzt. Dafür bleibt die Ent-

## Zuwanderung stabilisiert die Rente

So entwickelt sich der Beitragssatz der gesetzlichen Rentenversicherung ...



\* Wanderungssaldo steigt bis 2030 auf 350 000 Personen pro Jahr; Quelle: Blank 2026

Hans Böckler  
Stiftung

wicklung des Beitragssatzes praktisch unverändert und das Sicherungsniveau fällt. Bei der Rendite werden alle Geburtsjahrgänge nach etwa 1950 schlechtergestellt.

Veränderungen des Nachhaltigkeitsfaktors lassen die interne Rendite hingegen praktisch unverändert. Der Grund: Sie verändern Beitragssatz und Sicherungsniveau in die gleiche Richtung. Allerdings steigt mit niedrigerem Sicherungsniveau auch das Risiko von Altersarmut, wenn nicht anderweitig gegengesteuert wird.

Selbstständige obligatorisch in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen, hat kurz- und mittelfristig nur relativ geringe Auswirkungen auf die untersuchten Größen. Langfristig allerdings sinkt der Beitragssatz etwas stärker und erhöhen sich das Sicherungsniveau sowie die Rendite jüngerer Versicherte. Zusätzlich lässt sich so verhindern, dass Selbstständige in die Grundsicherung im Alter abrutschen. <

Quelle: Florian Blank u. a.: Stellschrauben und Scheinlösungen in der gesetzlichen Rentenversicherung, IMK Policy Brief Nr. 211, April 2026 [Link zur Studie](#)

# Zu viel Pflegepersonal?

In der gesundheitspolitischen Diskussion wird immer wieder behauptet, in deutschen Kliniken gebe es vergleichsweise viel Pflegepersonal. Dabei wird mit einer falschen Kennzahl argumentiert.

In der gesundheitspolitischen Debatte taucht seit etwa zehn Jahren immer wieder die Behauptung auf, in deutschen Krankenhäusern gebe es pro Kopf der Bevölkerung mehr Pflegepersonal als im EU-Durchschnitt. Daher seien die Klagen von Pflegekräften über Unterbesetzung und Überlastung unbegründet oder übertrieben. Als Beleg wird auf Daten von Eurostat oder der OECD verwiesen. Allerdings werden dabei häufig falsche Kennzahlen verwendet, so Michael Simon, früherer Professor an der Hochschule Hannover, im WSI-Blog.

Um zu demonstrieren, dass es in deutschen Krankenhäusern nicht an Personal mangelt, werde häufig eine Grafik gezeigt, aus der hervorgeht, dass in Deutschland auf 1000 Einwohner und Einwohnerinnen 12 oder 13 Pflegekräfte kommen. Tatsächlich, so Simon, beziehen sich die genannten Zahlen aber nicht auf Krankenhäuser, sondern das Gesundheitswesen insgesamt, inklusive Pflegeeinrichtungen und ambulante Pflegedienste. Betrachte man nur die Krankenhäuser, zeige sich ein anderes Bild: Mit 4,97 Vollzeitäquivalenten je 1000 Einwohner und Einwohnerinnen steht Deutschland nach OECD-Zahlen wesentlich schlechter da als etwa Großbritannien, Norwegen, die Schweiz, die USA oder Dänemark. Simon wählt diese Vergleichsländer, weil dort „der Prozess der Professionalisierung der Pflege im internationalen Vergleich weit vorangeschritten“ ist oder weil sie – wie Dänemark und die Schweiz – bei der letzten großen Krankenhausreform in Deutschland ausdrücklich als Vorbild dienten.

Um pro Kopf der Bevölkerung auf eine Personalausstattung wie in Großbritannien zu kommen, müssten zusätzlich zu den gegenwärtig etwa 414.000 Pflegekräften in deutschen Krankenhäusern weitere 200.000 Vollzeitkräfte eingestellt werden. Um das Niveau Australiens oder der Schweiz zu erreichen, wären 160.000 nötig. 100.000 bräuchte es für eine Anhebung auf das Niveau von Dänemark.

Aber auch das ist noch nicht die ganze Wahrheit. Denn es kommt nicht nur auf die Personalstärke an, sondern auch auf das zu bewältigende Leistungsvolumen. Eine zentrale Kennzahl für internationale Vergleiche zur Krankenhausversorgung ist die Zahl der stationären Fälle. Und bei der weicht Deutschland nach oben statt nach unten von internationalen Durchschnittswerten ab: „Deutschland liegt seit langem bei der Fallzahl weit über den Werten anderer Länder.“ Während in Dänemark zuletzt etwa

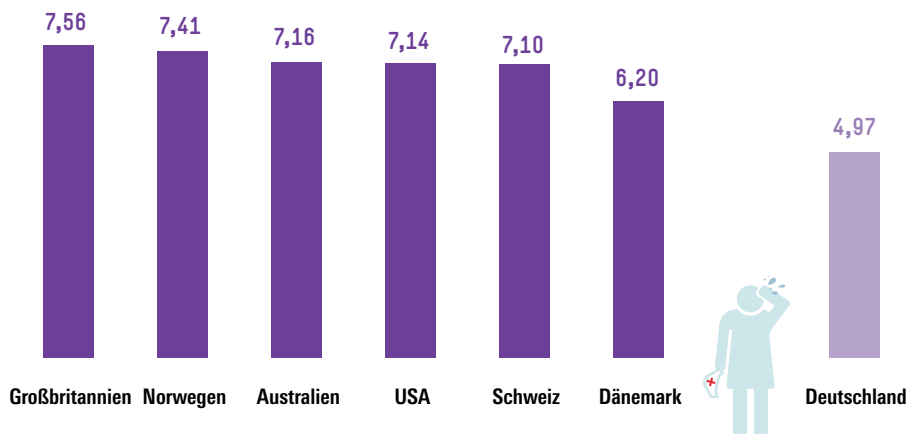
130 stationäre Fälle je 1000 Einwohner und Einwohnerinnen zu versorgen waren und Norwegen und Australien auf 145 und 175 kamen, waren es in Deutschland 221.

Die hohe Fallzahl führt bei niedriger Personalausstattung zu einer im internationalen Vergleich hohen Arbeitsbelastung: „Das Krankenhauspflegepersonal in Deutschland hat 2023 pro Vollzeitäquivalent und Jahr 44,4 Fälle versorgt. Das waren mehr als doppelt so viele Fälle wie in Norwegen und Dänemark und fast doppelt so viel wie in der Schweiz“.

Letztlich sei die Aussagekraft internationaler Vergleiche im Gesundheitssystem aber begrenzt, schreibt Simon. Die Daten der OECD und von Eurostat gäben keine Auskunft darüber, „ob die personelle Ausstattung eines Gesundheits-

## Knapp besetzt in Deutschland

In Vollzeitäquivalenten gerechnet gibt es in Krankenhäusern so viele Pflegekräfte pro 1000 Einwohner ...



OECD-Daten von 2023, Australien und USA: 2022; Quelle: Simon 2026

Hans Bockler  
Stiftung

wesens insgesamt oder eines Teilbereichs, wie der pflegerischen Versorgung in Krankenhäusern, bedarfsgerecht, zu niedrig oder unnötig hoch ist. Die Daten internationaler Organisationen wie der OECD bilden – bestenfalls – die Ist-Besetzung korrekt ab, mehr nicht.“ Derzeit werde in Deutschland ein Verfahren zur Ermittlung des Personalbedarfs im Pflegedienst der Krankenhäuser eingeführt, das von allen zugelassenen Krankenhäusern anzuwenden ist. Erste Daten zum bundesweiten Personalbedarf werden Ende des Jahres 2026 vorliegen. Erst dann werde man „auf einer fachlich anerkannten Grundlage die Frage diskutieren und beantworten können, ob es im Pflegedienst deutscher Krankenhäuser insgesamt ausreichend“ Personal gibt. <

Quelle: Michael Simon: Gibt es in deutschen Krankenhäusern im internationalen Vergleich viel Pflegepersonal?, WSI Blog-Serie Teil 22, Mai 2026 [Link zur Studie](#)

# IMPRESSUM

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung · Georg-Glock-Straße 18 · 40474 Düsseldorf

Verantwortlich: Dr. Claudia Bogedan, Geschäftsführerin; Rainer Jung, Leiter Öffentlichkeitsarbeit der Hans-Böckler-Stiftung

Redaktion: Dr. Philipp Wolter (Leitung), Jörg Hackhausen, Dr. Kai Kühne, Sabrina Böckmann, Katja Wolf

Kontakt: [redaktion-impuls@boeckler.de](mailto:redaktion-impuls@boeckler.de) · Telefon: +49 211 77 78-230

Druck und Versand: digiteam · Joachim Kirsch · [info@digiteam.de](mailto:info@digiteam.de)

Nachdruck nach Absprache mit der Redaktion und unter Angabe der Quelle frei [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

Sie erhalten von uns die gedruckte Ausgabe des Böckler Impuls. Sie können sie jederzeit abbestellen.

Kontaktieren Sie uns dazu gerne telefonisch oder senden Sie uns eine E-Mail an [redaktion-impuls@boeckler.de](mailto:redaktion-impuls@boeckler.de).

Statt der Printausgabe können Sie hier die Digitalausgabe bestellen: [www.boeckler.de/de/impuls-bestellen.htm](http://www.boeckler.de/de/impuls-bestellen.htm)

Weitere Informationen gem. Art. 13 & 14 DSGVO zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erhalten Sie unter: [www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO\\_Printmedien\\_Presse.pdf](http://www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO_Printmedien_Presse.pdf)

## GENDER

### Paare: Arbeitsteilung verändert sich



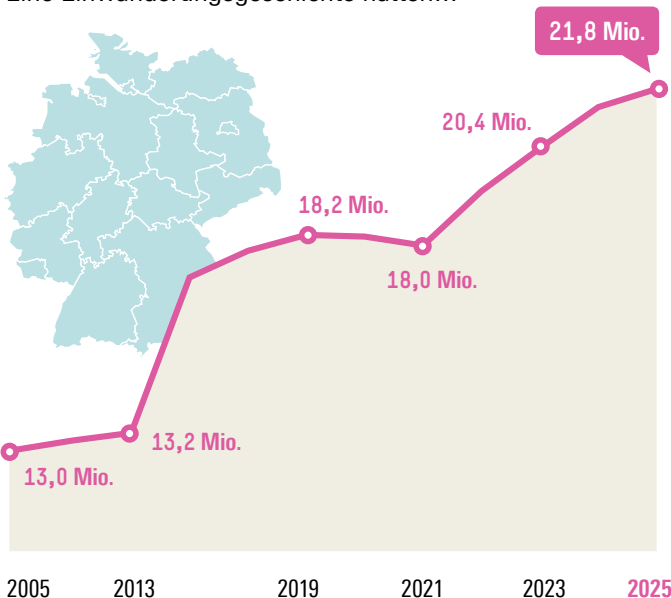
Das traditionelle Modell, bei dem eine erwerbstätige Person den Hauptverdienst beisteuert und die andere geringfügig oder gar nicht erwerbstätig ist, wird seltener. Von den Paaren im Alter von 15 bis 64 Jahren war 2025 in 25,2 Prozent der Fälle eine Person geringfügig oder gar nicht und die andere mehr als geringfügig erwerbstätig. Im Jahr 2015 galt das noch für 32,5 Prozent der Paare. <

Quelle: Destatis, April 2026 [Link zur Studie](#)

## MIGRATION

### Deutschland wird internationaler

Eine Einwanderungsgeschichte hatten...



Quelle: Destatis, April 2026 [Link zur Studie](#)

Der nächste **Böckler Impuls** erscheint am 3. Juni

## ARBEITSLEBEN

### Sprache wichtig für Integration

Dass Bewerberinnen und Bewerber fließend Deutsch\* sprechen, erwarten ...

bei Banken und Versicherungen	79 %
in Erziehung und Unterricht	76 %
im Gesundheits- und Sozialwesen	74 %
bei Speditionen und Versandhändlern	37 %
in der Gastronomie	30 %

\*B2-Sprachniveau

Quelle: IAB, April 2026 [Link zur Studie](#)

## ARBEITSWELT

### Wenig Frauen in Notdienst und Polizei

Frauen sind in den sogenannten Erstretterberufen – also bei Polizei, Rettungsdienst und Feuerwehr – deutlich unterrepräsentiert. Im Rettungsdienst lag der Frauenanteil zuletzt bei rund 34 Prozent, bei der Bundespolizei bei etwa 28 Prozent und bei der Landespolizei im Durchschnitt bei 35 Prozent. In der Berufsfeuerwehr fällt er mit rund drei Prozent noch deutlich niedriger aus. Das zeigt eine aktuelle Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). <



Quelle: DIW, April 2026 [Link zur Studie](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Digitalausgabe bestellen unter [www.boeckler.de/de/impuls-bestellen.htm](http://www.boeckler.de/de/impuls-bestellen.htm)